

KGW's Rundschreiben



24.09.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Seit 2009 (und wer weiß, bis wann es dauert, denn es ist ja eine unendliche Geschichte) gibt es die europäische Staatsschulden-, Banken- und Finanzkrise. Vielleicht liegt es an den unterschiedlichen Mentalitäten, dass bisher noch keine gemeinsame Lösung gefunden worden ist. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat kürzlich treffend gesagt: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union.“ Wenn unsere Bundeskanzlerin in Griechenland als Nazi-Domina abgestempelt und Herr Schäuble mit den übelsten Beschimpfungen belegt wird, sind wir von einem gemeinsamen Europa weit entfernt.

Die Globalisierung bringt Deutschland in diesem Jahr schätzungsweise bis zu 800.000 Flüchtlinge. Für die Grünen-Politiker ist das eine Bereicherung. Der Gutmensch, Bundespräsident Gauck, schwärmt und malt ein Idealbild von Migranten. Wir Deutschen müssten uns doch an die Wanderbewegung erinnern, denn der Fall der Mauer (und deren Folgen) liegt so lange noch nicht zurück. Wenn wir zunächst den Begriff Flüchtling definieren, greift die europäische Gesetzgebung auf die Genfer Flüchtlingskonvention zurück: der Flüchtlingsbegriff der europäischen Gesetzgebung basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem ergänzenden New Yorker Protokoll von 1967. Als Flüchtlinge gelten Personen, die auf Grund der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung nicht den Schutz des Staates in Anspruch nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Flüchtlingsstatus kann aber auch erhalten, wer wegen eines Bürgerkriegszustandes oder einer Naturkatastrophe internationalen Schutz benötigt. Eine große französische Tageszeitung glorifizierte „Mama Merkel“, weil sie sagte: „Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist. Es gibt keine Toleranzen für die, die die Würde anderer Menschen infrage stellen.“ Wanderbewegungen und Völkerwanderungen gab es in der Menschheitsgeschichte reichlich. Erinnern wir uns an 1887, als die Europäer ins gelobte Land Amerika gingen. Ein weiterer Fakt ist, dass bis 1973 14 Millionen Arbeitsmigranten in die alte Bundesrepublik kamen. Noch wird die Hilfe der Deutschen für die ankommenden Flüchtlinge groß geschrieben. Es wird aber die Zeit kommen, wo man die unterschiedlichen Flüchtlinge sortiert, selektiert und die Hilfsbereitschaft abnehmen wird. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo man diesen Leuten vorwirft, unsere Infrastruktur (Straßen und Autobahnen), Krankenhäuser, Schulen und dergleichen zu benutzen und an dem Steueraufkommen (also dem Eigentum der heimischen Bevölkerung) zu partizipieren. Konflikte sind vorprogrammiert und das friedliche Zusammenleben der Menschen ist in Gefahr. Das ganze nach dem Motto, wenn man jemand zum Kaffee einlädt, braucht er ja nicht gleich über Nacht bleiben und bei uns schlafen. Der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sieht das realistischer: Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme. Stimmt – denn wir sind nach Japan mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren die zweitälteste Nation auf der Welt. Hauptgründe für die Massenflucht sind sicherlich der Aufstieg des „IS“ und der Syrienkrieg. Und wenn man es ganz weit her holt kann man auch sagen, die völlig verunglückte Nahost-Politik der USA. Wie dem auch sei, wir haben es in Deutschland mit Migranten zu tun, die Sprachprobleme haben und schlecht qualifiziert sind. Wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge auszubilden und zu integrieren, dann haben wir (nach den Worten unseres Bundesministers Gabriel) das Problem gelöst.

Mit der kämpferischen Einstellung „Wir schaffen es“ wurde 2008/2009 die Commerzbank mit über 16 Milliarden Euro gerettet. 2002 wurden mit über 7 Milliarden Euro und 2013 erneut mit über 8 Milliarden Euro Hochwasserschäden egalisiert. Das Finanzproblem der Flüchtlinge 2015 wird mit rund 6 Milliarden veranschlagt. Ihren aktuellen Beliebtheitsgrad muss die Bundeskanzlerin (unter anderem mit der Lösung des Flüchtlingsproblems) erhalten, denn sie will ja 2017 wiedergewählt werden. Wir unterschiedlich die EU-Mitgliedstaaten mit dem Flüchtlingsthema umgehen, ist aus den Medienberichten hinreichend bekannt. Wahrscheinlich hat man nicht zeitig genug erkannt, welches Problem damit auf Europa zukommt. Vielleicht hätte man sonst irgendwo in Afrika eine große Stadt gebaut, die Flüchtlinge dort menschenwürdig untergebracht, sie registrieren können, um anschließend über ihre Asylanträge zu entscheiden. Die Chinesen haben es (wohlweiblich) nur mit Chinesen und nicht mit unterschiedlichen Nationalitäten vorgemacht, als sie für 3,5 Milliarden US-\$ vor Luanda die Siedlung Kilamba Kiayi aus dem Boden stampften. Dafür ist es jetzt allerdings zu spät und wir müssen in Europa andere Lösungen finden.

Dass der ehemalige Bundesbank-Präsident Axel Weber und Mario Draghi Widersacher sind und das wohl auch bleiben werden, hat Weber in einem Interview im Handelsblatt vor kurzem unterstrichen. Die bisherige Euro-Rettungspolitik und die Überflutung mit billigem Geld sieht er als gefährlich an, womit wir uns aktuell „im Auge des Hurricans“ befinden. Er sieht Blasenbildungen an den Märkten, die irgendwann platzen werden.

Mit der Liquiditätsschwämme, also dem billigen Geld, hat sich die EZB Zeit erkaufte, aber die Eurozone nicht aus der Krise geholt. Er sieht eine lähmende Deflation zum Nachteil der europäischen Wirtschaft. Weber mahnt Reformen an – aber damit ist der nicht allein. Die EZB hatte für dieses Jahr einen Preisanstieg von 2% vorausgesagt. Wir liegen bei 0,1%. Bei fallenden Preisen besteht das Risiko, dass Verbraucher nicht konsumieren und Unternehmen nicht investieren. Ergebnisse dieser Spirale wären sinkende Preise und wirtschaftlicher Niedergang. Wie viele andere fragt sich auch Weber, wann endlich die Amerikaner ihre Geldpolitik ändern und die Zinsen anheben. Allgemein wird erwartet, dass der Leitzins auf jeden Fall noch in diesem Jahr bis maximal 0,5% angehoben wird. Dadurch würde der Euro abgewertet und europäische Exporteure bekämen Aufwind. Wenn allerdings Märkte wegbrechen, wird die Nachfrage vor allem in Fernost ebenfalls dünner werden.

Der 69-jährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Robert Shiller, warnte früh vor der Internetblase und der Finanzkrise. Heute weist er auf Vorboten einer neuen Krise hin und nennt den Ausblick für die Börse: düster. Durch das billige Geld sieht er viele Aktien überteuert und verweist auf die geplatze Aktienblase in China. Die Kursanstiege über die letzten Jahre, so sagt er, werden zu einem Crash führen. Die Gier vieler Anleger lässt sie im Aktiengeschäft verweilen. Die letzte Rezession ist 8 Jahre her und normalerweise gibt es regelmäßig spätestens alle 10 Jahre einen Wirtschaftseinbruch. Die jetzigen Vorboten könnten eine neue Krise einläuten.

„Made in Germany“ wird auf der ganzen Welt geschätzt. Das Sparverhalten und die Aktienkultur der Deutschen ist für viele Menschen im Ausland unverständlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW besagt, dass die Deutschen zwischen 2003 und 2013 inflationsbereinigt durchschnittlich 20.000 Euro an Haushaltsvermögen eingebüßt haben. Bei 40 Millionen Haushalten entspricht das einem Kaufkraftverlust von 800 Milliarden Euro. Besonders stark schlugen Sparbücher, Lebensversicherungen und die Riester-Rente zu Buche. Im DAX 30 sind die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen versammelt. Deren Wert legte von Anfang 2003 bis Ende 2013 um ca. 230% zu. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von ca. 21%. Inflationsbereinigt bleiben davon immer noch ca. 19% vor Steuern übrig. Beim MDAX betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum knapp 450%. Wenn man die Konjunktursorgen in China und die Prognosen, die wir oben beschrieben haben, berücksichtigt, fühlen sich die „Freunde des Sparbuchs“ bestätigt. Die Weltwirtschaft hat sich verändert und steht vor einer neuen Ära. Das Wachstum wird weniger und die Zinsen bleiben niedrig. Ökonomen des US-Vermögensverwalters PIMCO sehen als Ursache für die veränderten Wirtschaftszyklen die Spar-/Öl-/Geldflut. Den Begriff Sparflut prägte vor ca. 10 Jahren der seinerzeitige Notenbankchef Ben Bernanke. Für ihn war es der Idealgedanke, dass die Sparquote mit der Investitionsquote identisch ist. Wenn allerdings zu viel gespart wird, sinkt der Zins und das Sparen wird unattraktiv. Theoretisch müsste das billige Geld die Investitionen anregen und die Wirtschaft dadurch beschleunigen. FED sowie EZB sind seit Jahren an der Nullzinslinie. Und trotzdem liegt viel Geld auf Sparkonten. Die Ursache dafür ist, dass die Menschen älter werden, die Lebensarbeitszeit allerdings wächst nicht mit. Es muss ein längeres Rentenalter finanziert werden. Das Rentenniveau in den Sozialkassen wird jedoch gekürzt, so dass eine private Altersversorgung zwingend notwendig ist. Ein weiterer Grund ist die Verschiebung des Vermögens. Diejenigen, die viel haben, legen auch viel zur Seite. Viele Unternehmen investieren eher kurzfristig und lassen einen Teil des Kapitals als Sicherheitspuffer auf der Bank. Ergo: die Sparflut wirkt lähmend auf die gesamte Weltwirtschaft. Die Ölflut bewirkte, dass der Preis zwischen 2011 und 2014 von 120 US-\$ je Barrell auf aktuell 40 US-\$ je Barrell sank. Es gibt sogar Rohstoffexperten, die mittelfristig von einem Preis von 25 \$ ausgehen. Der wichtigste Anbieter am Markt, Saudi-Arabien, hat seine Förderung nicht reduziert. Gleichzeitig hat das Fracking in den USA das Angebot erhöht. Das führt zu einem Verdrängungswettbewerb gegen die Saudis. Und das ausschließlich über den Preis. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Fracking-Anbieter in den USA bei diesem Preiskrieg den Kürzeren ziehen. Für die Industrie verbilligen sich damit die Produktionskosten und die Verbraucher zahlen an den Zapfstellen weniger. Der Kostenanteil aus dem billigen Öl führt zu höherem Konsum und zur Neigung, Geld zu sparen, was wiederum die Sparflut fördert. Der EZB-Präsident Mario Draghi hat ein Programm, nach welchem seit März diesen Jahres 1,1 Billionen Euro in den Geldkreislauf gepumpt werden. Seit diesem Zeitpunkt, bis September 2016, kauft die EZB jeden Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere. Seit dem Beginn der Finanzkrise pumpete die EZB damit frisches Geld in Höhe von mehr als 3 Billionen Euro in das System. Das Zauberwort heißt Quantitative Easing (QE) und soll die Wirtschaft in Europa ankurbeln. Was den Notenbankern in die Hände spielt: die Ölflut und damit die sinkenden Notierungen drücken die Inflationsraten. Es wird mit weiteren Lockerungsmaßnahmen gerechnet (z.B. in China und zahlreichen anderen rohstoffproduzierenden Ländern). Das wiederum lässt die globale Geldflut weiter anschwellen.

Was wir im letzten Rundschreiben andeuteten, hat sich bewahrheitet. Jeremy Corbyn wird neuer Labour-Chef in Großbritannien. Was diesen Altlinken so kompetent aufsteigen ließ, ist für viele rätselhaft. Er hat wenig Charisma und noch weniger rethorisches Talent. Die Reformen der Blair-Regierung will er zurück drehen und probagiert Konzepte wie aus den 80-er Jahren. Man muss kein Prophet sein, wenn man sagt, dass dies die Chancen dafür mindert, dass Labour die nächste Wahl gewinnt. Wenn er die Sozialisten-Hymne „The Red Flag“ textsicher mitsingen kann, dann lässt seine radikale Position für Europa nichts Gutes erahnen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wir wiederholen uns indem wir sagen, dass vom ruinösen Wettbewerb ausschließlich die Verbraucher profitieren. Es hat den Anschein, dass man nach dem Motto verkauft: der erste Verlust ist der kleinste. Für einige Anbieter steht Liquidität vor Rentabilität. Am Markt hat sich bereits gezeigt, dass Unternehmen für eine solche Politik Tribut zollen mussten.

Am 13.05.2014 stellte Eurofer im Namen von Herstellern kaltgewalzter Flacherzeugnisse einen Antrag auf Erhebung eines Anti-Dumping-Zolls für Erzeugnisse aus China und Taiwan. Dem wurde stattgegeben. Gemäß Artikel 4 der Verordnung wurde dieser zunächst auf 6 Monate befristet. Mit der Durchführungs-Verordnung der EU Nr. 2015/1429 vom 26.08.2015 wurden diese vorläufigen Anti-Dumping-Zölle endgültig und für die Dauer von 5 Jahren fixiert. Die Höhe der Aufschläge variiert und liegt zwischen 6,8 und 50,2%, je nach Herkunftsland und Hersteller.

Wir hatten darüber berichtet, dass VDM Metals von dem Finanzinvestor Lindsay Goldberg Vogel (LGV) übernommen werden soll. CEO soll der ehemalige Krupp-Manager Niclas Müller werden. Unter anderem leitete er das Werk in Brasilien.

Die Rohstoffmärkte

Erneut haben sich im letzten Jahr die Experten geirrt, denn man sagte den Rohstoffen deutliche Preissteigerungen voraus. Im Jahre 2015 hat sich bewahrheitet, dass alle Rohstoffe eines gemeinsam haben: nämlich einen dramatischen Preisverfall. Die Krise in China trifft rohstoffreiche Länder wie Chile, Peru, Russland u.a.m. Bedingt durch die Sättigung des Marktes können in einigen Bereichen Überproduktionen beobachtet werden.

Gemäß der Veröffentlichungen der Nickel Study Group lag der Angebotsüberschuss im ersten Halbjahr 2015 bei ca. 30.000 Tonnen. Wenn man den Aussagen von Rohstofffachleuten glaubt, dann kann es beim Nickelpreis künftig nur nach oben gehen. Unsere Meinung: vielleicht hilft es, wenn man fest daran glaubt.

Der Preis für Ferrochrom ist bis Ende September festgeschrieben, so dass er vom derzeitigen Niveau nicht abweicht. Anschließend ist mit (nicht gravierenden) Abschlüssen zu rechnen.

Ferromolybdän hängt sich an den Nickelpreis. Fällt dieser, dann fallen die Molybdänpreise ebenfalls. Oder umgekehrt. Wir erkennen keine Veränderung nach oben.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
01.05.2015	1.120	13.760	13.810	444.312	1.236	1.538
01.06.2015	1.091	12.540	12.565	465.564	1.146	1.599
01.07.2015	1.109	11.905	11.935	457.110	1.073	1.225
03.08.2015	1.096	10.775	10.810	458.838	984	1.233
01.09.2015	1.126	9.940	9.975	453.894	885	1.166
23.09.2015	1.116	9.810	9.840	454.026	880	1.103

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Wenn wir eine Prognose der LZ für Bleche und Bänder bis Ende des Jahres abgeben, ergeben sich folgende Werte:

1.4016	450 €/to
1.4301	1.000 €/to
1.4404	1.350 €/to

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476	486	475	459	445		
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598	605	569	544	523		
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278	1.238	1.166	1.082	985		
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189	1.155	1.090	1.013	926		
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242	1.206	1.124	1.043	951		
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821	1.755	1.607	1.481	1.339		
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794	796	735	701	671		
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335	3.182	2.890	2.644	2.359		
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850	1.782	1.632	1.503	1.358		

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380	370	360	330	350			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200	1.150	1.130	900	1.000			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640	1.600	1.580	1.250	1.420			

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache: der Schreiber dieser Information ist Business Eagle im Charity Golf Club. Am 05.09.2015 haben wir in Tutzingen ein Golf-Turnier für die Michael-Roll-Stiftung gespielt. Dabei kam ein Erlös von 90.000 € für die Kinderstiftung zusammen.

Am 14.09.2015 wurde für 350 Flüchtlinge (Kinder mit Eltern aus Kriegsgebieten) ein „Tag der Unbeschwertheit“ organisiert. KGW hat dieses Unterhaltungsprogramm unterstützt und wird sich in der Zukunft für ähnliche Veranstaltungen ebenfalls engagieren.

Das KGW-Team

KGW's Rundschreiben



24.09.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Seit 2009 (und wer weiß, bis wann es dauert, denn es ist ja eine unendliche Geschichte) gibt es die europäische Staatsschulden-, Banken- und Finanzkrise. Vielleicht liegt es an den unterschiedlichen Mentalitäten, dass bisher noch keine gemeinsame Lösung gefunden worden ist. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat kürzlich treffend gesagt: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union.“ Wenn unsere Bundeskanzlerin in Griechenland als Nazi-Domina abgestempelt und Herr Schäuble mit den übelsten Beschimpfungen belegt wird, sind wir von einem gemeinsamen Europa weit entfernt.

Die Globalisierung bringt Deutschland in diesem Jahr schätzungsweise bis zu 800.000 Flüchtlinge. Für die Grünen-Politiker ist das eine Bereicherung. Der Gutmensch, Bundespräsident Gauck, schwärmt und malt ein Idealbild von Migranten. Wir Deutschen müssten uns doch an die Wanderbewegung erinnern, denn der Fall der Mauer (und deren Folgen) liegt so lange noch nicht zurück. Wenn wir zunächst den Begriff Flüchtling definieren, greift die europäische Gesetzgebung auf die Genfer Flüchtlingskonvention zurück: der Flüchtlingsbegriff der europäischen Gesetzgebung basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem ergänzenden New Yorker Protokoll von 1967. Als Flüchtlinge gelten Personen, die auf Grund der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung nicht den Schutz des Staates in Anspruch nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Flüchtlingsstatus kann aber auch erhalten, wer wegen eines Bürgerkriegszustandes oder einer Naturkatastrophe internationalen Schutz benötigt. Eine große französische Tageszeitung glorifizierte „Mama Merkel“, weil sie sagte: „Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist. Es gibt keine Toleranzen für die, die die Würde anderer Menschen infrage stellen.“ Wanderbewegungen und Völkerwanderungen gab es in der Menschheitsgeschichte reichlich. Erinnern wir uns an 1887, als die Europäer ins gelobte Land Amerika gingen. Ein weiterer Fakt ist, dass bis 1973 14 Millionen Arbeitsmigranten in die alte Bundesrepublik kamen. Noch wird die Hilfe der Deutschen für die ankommenden Flüchtlinge groß geschrieben. Es wird aber die Zeit kommen, wo man die unterschiedlichen Flüchtlinge sortiert, selektiert und die Hilfsbereitschaft abnehmen wird. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo man diesen Leuten vorwirft, unsere Infrastruktur (Straßen und Autobahnen), Krankenhäuser, Schulen und dergleichen zu benutzen und an dem Steueraufkommen (also dem Eigentum der heimischen Bevölkerung) zu partizipieren. Konflikte sind vorprogrammiert und das friedliche Zusammenleben der Menschen ist in Gefahr. Das ganze nach dem Motto, wenn man jemand zum Kaffee einlädt, braucht er ja nicht gleich über Nacht bleiben und bei uns schlafen. Der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sieht das realistischer: Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme. Stimmt – denn wir sind nach Japan mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren die zweitälteste Nation auf der Welt. Hauptgründe für die Massenflucht sind sicherlich der Aufstieg des „IS“ und der Syrienkrieg. Und wenn man es ganz weit her holt kann man auch sagen, die völlig verunglückte Nahost-Politik der USA. Wie dem auch sei, wir haben es in Deutschland mit Migranten zu tun, die Sprachprobleme haben und schlecht qualifiziert sind. Wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge auszubilden und zu integrieren, dann haben wir (nach den Worten unseres Bundesministers Gabriel) das Problem gelöst.

Mit der kämpferischen Einstellung „Wir schaffen es“ wurde 2008/2009 die Commerzbank mit über 16 Milliarden Euro gerettet. 2002 wurden mit über 7 Milliarden Euro und 2013 erneut mit über 8 Milliarden Euro Hochwasserschäden egalisiert. Das Finanzproblem der Flüchtlinge 2015 wird mit rund 6 Milliarden veranschlagt. Ihren aktuellen Beliebtheitsgrad muss die Bundeskanzlerin (unter anderem mit der Lösung des Flüchtlingsproblems) erhalten, denn sie will ja 2017 wiedergewählt werden. Wir unterschiedlich die EU-Mitgliedstaaten mit dem Flüchtlingsthema umgehen, ist aus den Medienberichten hinreichend bekannt. Wahrscheinlich hat man nicht zeitig genug erkannt, welches Problem damit auf Europa zukommt. Vielleicht hätte man sonst irgendwo in Afrika eine große Stadt gebaut, die Flüchtlinge dort menschenwürdig untergebracht, sie registrieren können, um anschließend über ihre Asylanträge zu entscheiden. Die Chinesen haben es (wohlweiblich) nur mit Chinesen und nicht mit unterschiedlichen Nationalitäten vorgemacht, als sie für 3,5 Milliarden US-\$ vor Luanda die Siedlung Kilamba Kiayi aus dem Boden stampften. Dafür ist es jetzt allerdings zu spät und wir müssen in Europa andere Lösungen finden.

Dass der ehemalige Bundesbank-Präsident Axel Weber und Mario Draghi Widersacher sind und das wohl auch bleiben werden, hat Weber in einem Interview im Handelsblatt vor kurzem unterstrichen. Die bisherige Euro-Rettungspolitik und die Überflutung mit billigem Geld sieht er als gefährlich an, womit wir uns aktuell „im Auge des Hurricans“ befinden. Er sieht Blasenbildungen an den Märkten, die irgendwann platzen werden.

Mit der Liquiditätsschwämme, also dem billigen Geld, hat sich die EZB Zeit erkaufte, aber die Eurozone nicht aus der Krise geholt. Er sieht eine lähmende Deflation zum Nachteil der europäischen Wirtschaft. Weber mahnt Reformen an – aber damit ist der nicht allein. Die EZB hatte für dieses Jahr einen Preisanstieg von 2% vorausgesagt. Wir liegen bei 0,1%. Bei fallenden Preisen besteht das Risiko, dass Verbraucher nicht konsumieren und Unternehmen nicht investieren. Ergebnisse dieser Spirale wären sinkende Preise und wirtschaftlicher Niedergang. Wie viele andere fragt sich auch Weber, wann endlich die Amerikaner ihre Geldpolitik ändern und die Zinsen anheben. Allgemein wird erwartet, dass der Leitzins auf jeden Fall noch in diesem Jahr bis maximal 0,5% angehoben wird. Dadurch würde der Euro abgewertet und europäische Exporteure bekämen Aufwind. Wenn allerdings Märkte wegbrechen, wird die Nachfrage vor allem in Fernost ebenfalls dünner werden.

Der 69-jährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Robert Shiller, warnte früh vor der Internetblase und der Finanzkrise. Heute weist er auf Vorboten einer neuen Krise hin und nennt den Ausblick für die Börse: düster. Durch das billige Geld sieht er viele Aktien übersteuert und verweist auf die geplatze Aktienblase in China. Die Kursanstiege über die letzten Jahre, so sagt er, werden zu einem Crash führen. Die Gier vieler Anleger lässt sie im Aktiengeschäft verweilen. Die letzte Rezession ist 8 Jahre her und normalerweise gibt es regelmäßig spätestens alle 10 Jahre einen Wirtschaftseinbruch. Die jetzigen Vorboten könnten eine neue Krise einläuten.

„Made in Germany“ wird auf der ganzen Welt geschätzt. Das Sparverhalten und die Aktienkultur der Deutschen ist für viele Menschen im Ausland unverständlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW besagt, dass die Deutschen zwischen 2003 und 2013 inflationsbereinigt durchschnittlich 20.000 Euro an Haushaltsvermögen eingebüßt haben. Bei 40 Millionen Haushalten entspricht das einem Kaufkraftverlust von 800 Milliarden Euro. Besonders stark schlugen Sparbücher, Lebensversicherungen und die Riester-Rente zu Buche. Im DAX 30 sind die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen versammelt. Deren Wert legte von Anfang 2003 bis Ende 2013 um ca. 230% zu. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von ca. 21%. Inflationsbereinigt bleiben davon immer noch ca. 19% vor Steuern übrig. Beim MDAX betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum knapp 450%. Wenn man die Konjunktursorgen in China und die Prognosen, die wir oben beschrieben haben, berücksichtigt, fühlen sich die „Freunde des Sparbuchs“ bestätigt. Die Weltwirtschaft hat sich verändert und steht vor einer neuen Ära. Das Wachstum wird weniger und die Zinsen bleiben niedrig. Ökonomen des US-Vermögensverwalters PIMCO sehen als Ursache für die veränderten Wirtschaftszyklen die Spar-/Öl-/Geldflut. Den Begriff Sparflut prägte vor ca. 10 Jahren der seinerzeitige Notenbankchef Ben Bernanke. Für ihn war es der Idealgedanke, dass die Sparquote mit der Investitionsquote identisch ist. Wenn allerdings zu viel gespart wird, sinkt der Zins und das Sparen wird unattraktiv. Theoretisch müsste das billige Geld die Investitionen anregen und die Wirtschaft dadurch beschleunigen. FED sowie EZB sind seit Jahren an der Nullzinslinie. Und trotzdem liegt viel Geld auf Sparkonten. Die Ursache dafür ist, dass die Menschen älter werden, die Lebensarbeitszeit allerdings wächst nicht mit. Es muss ein längeres Rentenalter finanziert werden. Das Rentenniveau in den Sozialkassen wird jedoch gekürzt, so dass eine private Altersversorgung zwingend notwendig ist. Ein weiterer Grund ist die Verschiebung des Vermögens. Diejenigen, die viel haben, legen auch viel zur Seite. Viele Unternehmen investieren eher kurzfristig und lassen einen Teil des Kapitals als Sicherheitspuffer auf der Bank. Ergo: die Sparflut wirkt lähmend auf die gesamte Weltwirtschaft. Die Ölflut bewirkte, dass der Preis zwischen 2011 und 2014 von 120 US-\$ je Barrell auf aktuell 40 US-\$ je Barrell sank. Es gibt sogar Rohstoffexperten, die mittelfristig von einem Preis von 25 \$ ausgehen. Der wichtigste Anbieter am Markt, Saudi-Arabien, hat seine Förderung nicht reduziert. Gleichzeitig hat das Fracking in den USA das Angebot erhöht. Das führt zu einem Verdrängungswettbewerb gegen die Saudis. Und das ausschließlich über den Preis. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Fracking-Anbieter in den USA bei diesem Preiskrieg den Kürzeren ziehen. Für die Industrie verbilligen sich damit die Produktionskosten und die Verbraucher zahlen an den Zapfstellen weniger. Der Kostenanteil aus dem billigen Öl führt zu höherem Konsum und zur Neigung, Geld zu sparen, was wiederum die Sparflut fördert. Der EZB-Präsident Mario Draghi hat ein Programm, nach welchem seit März diesen Jahres 1,1 Billionen Euro in den Geldkreislauf gepumpt werden. Seit diesem Zeitpunkt, bis September 2016, kauft die EZB jeden Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere. Seit dem Beginn der Finanzkrise pumpt die EZB damit frisches Geld in Höhe von mehr als 3 Billionen Euro in das System. Das Zauberwort heißt Quantitative Easing (QE) und soll die Wirtschaft in Europa ankurbeln. Was den Notenbankern in die Hände spielt: die Ölflut und damit die sinkenden Notierungen drücken die Inflationsraten. Es wird mit weiteren Lockerungsmaßnahmen gerechnet (z.B. in China und zahlreichen anderen rohstoffproduzierenden Ländern). Das wiederum lässt die globale Geldflut weiter anschwellen.

Was wir im letzten Rundschreiben andeuteten, hat sich bewahrheitet. Jeremy Corbyn wird neuer Labour-Chef in Großbritannien. Was diesen Altlinken so kompetent aufsteigen ließ, ist für viele rätselhaft. Er hat wenig Charisma und noch weniger rhetorisches Talent. Die Reformen der Blair-Regierung will er zurück drehen und probagiert Konzepte wie aus den 80-er Jahren. Man muss kein Prophet sein, wenn man sagt, dass dies die Chancen dafür mindert, dass Labour die nächste Wahl gewinnt. Wenn er die Sozialisten-Hymne „The Red Flag“ textsicher mitsingen kann, dann lässt seine radikale Position für Europa nichts Gutes erahnen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wir wiederholen uns indem wir sagen, dass vom ruinösen Wettbewerb ausschließlich die Verbraucher profitieren. Es hat den Anschein, dass man nach dem Motto verkauft: der erste Verlust ist der kleinste. Für einige Anbieter steht Liquidität vor Rentabilität. Am Markt hat sich bereits gezeigt, dass Unternehmen für eine solche Politik Tribut zollen mussten.

Am 13.05.2014 stellte Eurofer im Namen von Herstellern kaltgewalzter Flacherzeugnisse einen Antrag auf Erhebung eines Anti-Dumping-Zolls für Erzeugnisse aus China und Taiwan. Dem wurde stattgegeben. Gemäß Artikel 4 der Verordnung wurde dieser zunächst auf 6 Monate befristet. Mit der Durchführungs-Verordnung der EU Nr. 2015/1429 vom 26.08.2015 wurden diese vorläufigen Anti-Dumping-Zölle endgültig und für die Dauer von 5 Jahren fixiert. Die Höhe der Aufschläge variiert und liegt zwischen 6,8 und 50,2%, je nach Herkunftsland und Hersteller.

Wir hatten darüber berichtet, dass VDM Metals von dem Finanzinvestor Lindsay Goldberg Vogel (LGV) übernommen werden soll. CEO soll der ehemalige Krupp-Manager Niclas Müller werden. Unter anderem leitete er das Werk in Brasilien.

Die Rohstoffmärkte

Erneut haben sich im letzten Jahr die Experten geirrt, denn man sagte den Rohstoffen deutliche Preissteigerungen voraus. Im Jahre 2015 hat sich bewahrheitet, dass alle Rohstoffe eines gemeinsam haben: nämlich einen dramatischen Preisverfall. Die Krise in China trifft rohstoffreiche Länder wie Chile, Peru, Russland u.a.m. Bedingt durch die Sättigung des Marktes können in einigen Bereichen Überproduktionen beobachtet werden.

Gemäß der Veröffentlichungen der Nickel Study Group lag der Angebotsüberschuss im ersten Halbjahr 2015 bei ca. 30.000 Tonnen. Wenn man den Aussagen von Rohstoffachtleuten glaubt, dann kann es beim Nickelpreis künftig nur nach oben gehen. Unsere Meinung: vielleicht hilft es, wenn man fest daran glaubt.

Der Preis für Ferrochrom ist bis Ende September festgeschrieben, so dass er vom derzeitigen Niveau nicht abweicht. Anschließend ist mit (nicht gravierenden) Abschlüssen zu rechnen.

Ferromolybdän hängt sich an den Nickelpreis. Fällt dieser, dann fallen die Molybdänpreise ebenfalls. Oder umgekehrt. Wir erkennen keine Veränderung nach oben.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
01.05.2015	1.120	13.760	13.810	444.312	1.236	1.538
01.06.2015	1.091	12.540	12.565	465.564	1.146	1.599
01.07.2015	1.109	11.905	11.935	457.110	1.073	1.225
03.08.2015	1.096	10.775	10.810	458.838	984	1.233
01.09.2015	1.126	9.940	9.975	453.894	885	1.166
23.09.2015	1.116	9.810	9.840	454.026	880	1.103

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Wenn wir eine Prognose der LZ für Bleche und Bänder bis Ende des Jahres abgeben, ergeben sich folgende Werte:

1.4016 450 €/to
1.4301 1.000 €/to
1.4404 1.350 €/to

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476	486	475	459	445		
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598	605	569	544	523		
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278	1.238	1.166	1.082	985		
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189	1.155	1.090	1.013	926		
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242	1.206	1.124	1.043	951		
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821	1.755	1.607	1.481	1.339		
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794	796	735	701	671		
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335	3.182	2.890	2.644	2.359		
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850	1.782	1.632	1.503	1.358		

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380	370	360	330	350			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200	1.150	1.130	900	1.000			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640	1.600	1.580	1.250	1.420			

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache: der Schreiber dieser Information ist Business Eagle im Charity Golf Club. Am 05.09.2015 haben wir in Tutzingen ein Golf-Turnier für die Michael-Roll-Stiftung gespielt. Dabei kam ein Erlös von 90.000 € für die Kinderstiftung zusammen.

Am 14.09.2015 wurde für 350 Flüchtlinge (Kinder mit Eltern aus Kriegsgebieten) ein „Tag der Unbeschwertheit“ organisiert. KGW hat dieses Unterhaltungsprogramm unterstützt und wird sich in der Zukunft für ähnliche Veranstaltungen ebenfalls engagieren.

Das KGW-Team

KGW's Rundschreiben



24.09.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Seit 2009 (und wer weiß, bis wann es dauert, denn es ist ja eine unendliche Geschichte) gibt es die europäische Staatsschulden-, Banken- und Finanzkrise. Vielleicht liegt es an den unterschiedlichen Mentalitäten, dass bisher noch keine gemeinsame Lösung gefunden worden ist. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat kürzlich treffend gesagt: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union.“ Wenn unsere Bundeskanzlerin in Griechenland als Nazi-Domina abgestempelt und Herr Schäuble mit den übelsten Beschimpfungen belegt wird, sind wir von einem gemeinsamen Europa weit entfernt.

Die Globalisierung bringt Deutschland in diesem Jahr schätzungsweise bis zu 800.000 Flüchtlinge. Für die Grünen-Politiker ist das eine Bereicherung. Der Gutmensch, Bundespräsident Gauck, schwärmt und malt ein Idealbild von Migranten. Wir Deutschen müssten uns doch an die Wanderbewegung erinnern, denn der Fall der Mauer (und deren Folgen) liegt so lange noch nicht zurück. Wenn wir zunächst den Begriff Flüchtling definieren, greift die europäische Gesetzgebung auf die Genfer Flüchtlingskonvention zurück: der Flüchtlingsbegriff der europäischen Gesetzgebung basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem ergänzenden New Yorker Protokoll von 1967. Als Flüchtlinge gelten Personen, die auf Grund der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung nicht den Schutz des Staates in Anspruch nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Flüchtlingsstatus kann aber auch erhalten, wer wegen eines Bürgerkriegszustandes oder einer Naturkatastrophe internationalen Schutz benötigt. Eine große französische Tageszeitung glorifizierte „Mama Merkel“, weil sie sagte: „Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist. Es gibt keine Toleranzen für die, die die Würde anderer Menschen infrage stellen.“ Wanderbewegungen und Völkerwanderungen gab es in der Menschheitsgeschichte reichlich. Erinnern wir uns an 1887, als die Europäer ins gelobte Land Amerika gingen. Ein weiterer Fakt ist, dass bis 1973 14 Millionen Arbeitsmigranten in die alte Bundesrepublik kamen. Noch wird die Hilfe der Deutschen für die ankommenden Flüchtlinge groß geschrieben. Es wird aber die Zeit kommen, wo man die unterschiedlichen Flüchtlinge sortiert, selektiert und die Hilfsbereitschaft abnehmen wird. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo man diesen Leuten vorwirft, unsere Infrastruktur (Straßen und Autobahnen), Krankenhäuser, Schulen und dergleichen zu benutzen und an dem Steueraufkommen (also dem Eigentum der heimischen Bevölkerung) zu partizipieren. Konflikte sind vorprogrammiert und das friedliche Zusammenleben der Menschen ist in Gefahr. Das ganze nach dem Motto, wenn man jemand zum Kaffee einlädt, braucht er ja nicht gleich über Nacht bleiben und bei uns schlafen. Der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sieht das realistischer: Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme. Stimmt – denn wir sind nach Japan mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren die zweitälteste Nation auf der Welt. Hauptgründe für die Massenflucht sind sicherlich der Aufstieg des „IS“ und der Syrienkrieg. Und wenn man es ganz weit her holt kann man auch sagen, die völlig verunglückte Nahost-Politik der USA. Wie dem auch sei, wir haben es in Deutschland mit Migranten zu tun, die Sprachprobleme haben und schlecht qualifiziert sind. Wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge auszubilden und zu integrieren, dann haben wir (nach den Worten unseres Bundesministers Gabriel) das Problem gelöst.

Mit der kämpferischen Einstellung „Wir schaffen es“ wurde 2008/2009 die Commerzbank mit über 16 Milliarden Euro gerettet. 2002 wurden mit über 7 Milliarden Euro und 2013 erneut mit über 8 Milliarden Euro Hochwasserschäden egalisiert. Das Finanzproblem der Flüchtlinge 2015 wird mit rund 6 Milliarden veranschlagt. Ihren aktuellen Beliebtheitsgrad muss die Bundeskanzlerin (unter anderem mit der Lösung des Flüchtlingsproblems) erhalten, denn sie will ja 2017 wiedergewählt werden. Wir unterschiedlich die EU-Mitgliedstaaten mit dem Flüchtlingsthema umgehen, ist aus den Medienberichten hinreichend bekannt. Wahrscheinlich hat man nicht zeitig genug erkannt, welches Problem damit auf Europa zukommt. Vielleicht hätte man sonst irgendwo in Afrika eine große Stadt gebaut, die Flüchtlinge dort menschenwürdig untergebracht, sie registrieren können, um anschließend über ihre Asylanträge zu entscheiden. Die Chinesen haben es (wohlweiblich) nur mit Chinesen und nicht mit unterschiedlichen Nationalitäten vorgemacht, als sie für 3,5 Milliarden US-\$ vor Luanda die Siedlung Kilamba Kiayi aus dem Boden stampften. Dafür ist es jetzt allerdings zu spät und wir müssen in Europa andere Lösungen finden.

Dass der ehemalige Bundesbank-Präsident Axel Weber und Mario Draghi Widersacher sind und das wohl auch bleiben werden, hat Weber in einem Interview im Handelsblatt vor kurzem unterstrichen. Die bisherige Euro-Rettungspolitik und die Überflutung mit billigem Geld sieht er als gefährlich an, womit wir uns aktuell „im Auge des Hurricans“ befinden. Er sieht Blasenbildungen an den Märkten, die irgendwann platzen werden.

Mit der Liquiditätsschwämme, also dem billigen Geld, hat sich die EZB Zeit erkaufte, aber die Eurozone nicht aus der Krise geholt. Er sieht eine lähmende Deflation zum Nachteil der europäischen Wirtschaft. Weber mahnt Reformen an – aber damit ist der nicht allein. Die EZB hatte für dieses Jahr einen Preisanstieg von 2% vorausgesagt. Wir liegen bei 0,1%. Bei fallenden Preisen besteht das Risiko, dass Verbraucher nicht konsumieren und Unternehmen nicht investieren. Ergebnisse dieser Spirale wären sinkende Preise und wirtschaftlicher Niedergang. Wie viele andere fragt sich auch Weber, wann endlich die Amerikaner ihre Geldpolitik ändern und die Zinsen anheben. Allgemein wird erwartet, dass der Leitzins auf jeden Fall noch in diesem Jahr bis maximal 0,5% angehoben wird. Dadurch würde der Euro abgewertet und europäische Exporteure bekämen Aufwind. Wenn allerdings Märkte wegbrechen, wird die Nachfrage vor allem in Fernost ebenfalls dünner werden.

Der 69-jährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Robert Shiller, warnte früh vor der Internetblase und der Finanzkrise. Heute weist er auf Vorboten einer neuen Krise hin und nennt den Ausblick für die Börse: düster. Durch das billige Geld sieht er viele Aktien übersteuert und verweist auf die geplatze Aktienblase in China. Die Kursanstiege über die letzten Jahre, so sagt er, werden zu einem Crash führen. Die Gier vieler Anleger lässt sie im Aktiengeschäft verweilen. Die letzte Rezession ist 8 Jahre her und normalerweise gibt es regelmäßig spätestens alle 10 Jahre einen Wirtschaftseinbruch. Die jetzigen Vorboten könnten eine neue Krise einläuten.

„Made in Germany“ wird auf der ganzen Welt geschätzt. Das Sparverhalten und die Aktienkultur der Deutschen ist für viele Menschen im Ausland unverständlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW besagt, dass die Deutschen zwischen 2003 und 2013 inflationsbereinigt durchschnittlich 20.000 Euro an Haushaltsvermögen eingebüßt haben. Bei 40 Millionen Haushalten entspricht das einem Kaufkraftverlust von 800 Milliarden Euro. Besonders stark schlugen Sparbücher, Lebensversicherungen und die Riester-Rente zu Buche. Im DAX 30 sind die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen versammelt. Deren Wert legte von Anfang 2003 bis Ende 2013 um ca. 230% zu. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von ca. 21%. Inflationsbereinigt bleiben davon immer noch ca. 19% vor Steuern übrig. Beim MDAX betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum knapp 450%. Wenn man die Konjunktursorgen in China und die Prognosen, die wir oben beschrieben haben, berücksichtigt, fühlen sich die „Freunde des Sparbuchs“ bestätigt. Die Weltwirtschaft hat sich verändert und steht vor einer neuen Ära. Das Wachstum wird weniger und die Zinsen bleiben niedrig. Ökonomen des US-Vermögensverwalters PIMCO sehen als Ursache für die veränderten Wirtschaftszyklen die Spar-/Öl-/Geldflut. Den Begriff Sparflut prägte vor ca. 10 Jahren der seinerzeitige Notenbankchef Ben Bernanke. Für ihn war es der Idealgedanke, dass die Sparquote mit der Investitionsquote identisch ist. Wenn allerdings zu viel gespart wird, sinkt der Zins und das Sparen wird unattraktiv. Theoretisch müsste das billige Geld die Investitionen anregen und die Wirtschaft dadurch beschleunigen. FED sowie EZB sind seit Jahren an der Nullzinslinie. Und trotzdem liegt viel Geld auf Sparkonten. Die Ursache dafür ist, dass die Menschen älter werden, die Lebensarbeitszeit allerdings wächst nicht mit. Es muss ein längeres Rentenalter finanziert werden. Das Rentenniveau in den Sozialkassen wird jedoch gekürzt, so dass eine private Altersversorgung zwingend notwendig ist. Ein weiterer Grund ist die Verschiebung des Vermögens. Diejenigen, die viel haben, legen auch viel zur Seite. Viele Unternehmen investieren eher kurzfristig und lassen einen Teil des Kapitals als Sicherheitspuffer auf der Bank. Ergo: die Sparflut wirkt lähmend auf die gesamte Weltwirtschaft. Die Ölflut bewirkte, dass der Preis zwischen 2011 und 2014 von 120 US-\$ je Barrell auf aktuell 40 US-\$ je Barrell sank. Es gibt sogar Rohstoffexperten, die mittelfristig von einem Preis von 25 \$ ausgehen. Der wichtigste Anbieter am Markt, Saudi-Arabien, hat seine Förderung nicht reduziert. Gleichzeitig hat das Fracking in den USA das Angebot erhöht. Das führt zu einem Verdrängungswettbewerb gegen die Saudis. Und das ausschließlich über den Preis. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Fracking-Anbieter in den USA bei diesem Preiskrieg den Kürzeren ziehen. Für die Industrie verbilligen sich damit die Produktionskosten und die Verbraucher zahlen an den Zapfstellen weniger. Der Kostenanteil aus dem billigen Öl führt zu höherem Konsum und zur Neigung, Geld zu sparen, was wiederum die Sparflut fördert. Der EZB-Präsident Mario Draghi hat ein Programm, nach welchem seit März diesen Jahres 1,1 Billionen Euro in den Geldkreislauf gepumpt werden. Seit diesem Zeitpunkt, bis September 2016, kauft die EZB jeden Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere. Seit dem Beginn der Finanzkrise pumpt die EZB damit frisches Geld in Höhe von mehr als 3 Billionen Euro in das System. Das Zauberwort heißt Quantitative Easing (QE) und soll die Wirtschaft in Europa ankurbeln. Was den Notenbankern in die Hände spielt: die Ölflut und damit die sinkenden Notierungen drücken die Inflationsraten. Es wird mit weiteren Lockerungsmaßnahmen gerechnet (z.B. in China und zahlreichen anderen rohstoffproduzierenden Ländern). Das wiederum lässt die globale Geldflut weiter anschwellen.

Was wir im letzten Rundschreiben andeuteten, hat sich bewahrheitet. Jeremy Corbyn wird neuer Labour-Chef in Großbritannien. Was diesen Altlinken so kompetent aufsteigen ließ, ist für viele rätselhaft. Er hat wenig Charisma und noch weniger rhetorisches Talent. Die Reformen der Blair-Regierung will er zurück drehen und probagiert Konzepte wie aus den 80-er Jahren. Man muss kein Prophet sein, wenn man sagt, dass dies die Chancen dafür mindert, dass Labour die nächste Wahl gewinnt. Wenn er die Sozialisten-Hymne „The Red Flag“ textsicher mitsingen kann, dann lässt seine radikale Position für Europa nichts Gutes erahnen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wir wiederholen uns indem wir sagen, dass vom ruinösen Wettbewerb ausschließlich die Verbraucher profitieren. Es hat den Anschein, dass man nach dem Motto verkauft: der erste Verlust ist der kleinste. Für einige Anbieter steht Liquidität vor Rentabilität. Am Markt hat sich bereits gezeigt, dass Unternehmen für eine solche Politik Tribut zollen mussten.

Am 13.05.2014 stellte Eurofer im Namen von Herstellern kaltgewalzter Flacherzeugnisse einen Antrag auf Erhebung eines Anti-Dumping-Zolls für Erzeugnisse aus China und Taiwan. Dem wurde stattgegeben. Gemäß Artikel 4 der Verordnung wurde dieser zunächst auf 6 Monate befristet. Mit der Durchführungs-Verordnung der EU Nr. 2015/1429 vom 26.08.2015 wurden diese vorläufigen Anti-Dumping-Zölle endgültig und für die Dauer von 5 Jahren fixiert. Die Höhe der Aufschläge variiert und liegt zwischen 6,8 und 50,2%, je nach Herkunftsland und Hersteller.

Wir hatten darüber berichtet, dass VDM Metals von dem Finanzinvestor Lindsay Goldberg Vogel (LGV) übernommen werden soll. CEO soll der ehemalige Krupp-Manager Niclas Müller werden. Unter anderem leitete er das Werk in Brasilien.

Die Rohstoffmärkte

Erneut haben sich im letzten Jahr die Experten geirrt, denn man sagte den Rohstoffen deutliche Preissteigerungen voraus. Im Jahre 2015 hat sich bewahrheitet, dass alle Rohstoffe eines gemeinsam haben: nämlich einen dramatischen Preisverfall. Die Krise in China trifft rohstoffreiche Länder wie Chile, Peru, Russland u.a.m. Bedingt durch die Sättigung des Marktes können in einigen Bereichen Überproduktionen beobachtet werden.

Gemäß der Veröffentlichungen der Nickel Study Group lag der Angebotsüberschuss im ersten Halbjahr 2015 bei ca. 30.000 Tonnen. Wenn man den Aussagen von Rohstofffachleuten glaubt, dann kann es beim Nickelpreis künftig nur nach oben gehen. Unsere Meinung: vielleicht hilft es, wenn man fest daran glaubt.

Der Preis für Ferrochrom ist bis Ende September festgeschrieben, so dass er vom derzeitigen Niveau nicht abweicht. Anschließend ist mit (nicht gravierenden) Abschlüssen zu rechnen.

Ferromolybdän hängt sich an den Nickelpreis. Fällt dieser, dann fallen die Molybdänpreise ebenfalls. Oder umgekehrt. Wir erkennen keine Veränderung nach oben.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
01.05.2015	1.120	13.760	13.810	444.312	1.236	1.538
01.06.2015	1.091	12.540	12.565	465.564	1.146	1.599
01.07.2015	1.109	11.905	11.935	457.110	1.073	1.225
03.08.2015	1.096	10.775	10.810	458.838	984	1.233
01.09.2015	1.126	9.940	9.975	453.894	885	1.166
23.09.2015	1.116	9.810	9.840	454.026	880	1.103

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Wenn wir eine Prognose der LZ für Bleche und Bänder bis Ende des Jahres abgeben, ergeben sich folgende Werte:

1.4016 450 €/to
1.4301 1.000 €/to
1.4404 1.350 €/to

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476	486	475	459	445		
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598	605	569	544	523		
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278	1.238	1.166	1.082	985		
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189	1.155	1.090	1.013	926		
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242	1.206	1.124	1.043	951		
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821	1.755	1.607	1.481	1.339		
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794	796	735	701	671		
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335	3.182	2.890	2.644	2.359		
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850	1.782	1.632	1.503	1.358		

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380	370	360	330	350			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200	1.150	1.130	900	1.000			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640	1.600	1.580	1.250	1.420			

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache: der Schreiber dieser Information ist Business Eagle im Charity Golf Club. Am 05.09.2015 haben wir in Tutzingen ein Golf-Turnier für die Michael-Roll-Stiftung gespielt. Dabei kam ein Erlös von 90.000 € für die Kinderstiftung zusammen.

Am 14.09.2015 wurde für 350 Flüchtlinge (Kinder mit Eltern aus Kriegsgebieten) ein „Tag der Unbeschwertheit“ organisiert. KGW hat dieses Unterhaltungsprogramm unterstützt und wird sich in der Zukunft für ähnliche Veranstaltungen ebenfalls engagieren.

Das KGW-Team

KGW's Rundschreiben



24.09.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Seit 2009 (und wer weiß, bis wann es dauert, denn es ist ja eine unendliche Geschichte) gibt es die europäische Staatsschulden-, Banken- und Finanzkrise. Vielleicht liegt es an den unterschiedlichen Mentalitäten, dass bisher noch keine gemeinsame Lösung gefunden worden ist. Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat kürzlich treffend gesagt: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union.“ Wenn unsere Bundeskanzlerin in Griechenland als Nazi-Domina abgestempelt und Herr Schäuble mit den übelsten Beschimpfungen belegt wird, sind wir von einem gemeinsamen Europa weit entfernt.

Die Globalisierung bringt Deutschland in diesem Jahr schätzungsweise bis zu 800.000 Flüchtlinge. Für die Grünen-Politiker ist das eine Bereicherung. Der Gutmensch, Bundespräsident Gauck, schwärmt und malt ein Idealbild von Migranten. Wir Deutschen müssten uns doch an die Wanderbewegung erinnern, denn der Fall der Mauer (und deren Folgen) liegt so lange noch nicht zurück. Wenn wir zunächst den Begriff Flüchtling definieren, greift die europäische Gesetzgebung auf die Genfer Flüchtlingskonvention zurück: der Flüchtlingsbegriff der europäischen Gesetzgebung basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem ergänzenden New Yorker Protokoll von 1967. Als Flüchtlinge gelten Personen, die auf Grund der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung nicht den Schutz des Staates in Anspruch nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Flüchtlingsstatus kann aber auch erhalten, wer wegen eines Bürgerkriegszustandes oder einer Naturkatastrophe internationalen Schutz benötigt. Eine große französische Tageszeitung glorifizierte „Mama Merkel“, weil sie sagte: „Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist. Es gibt keine Toleranzen für die, die die Würde anderer Menschen infrage stellen.“ Wanderbewegungen und Völkerwanderungen gab es in der Menschheitsgeschichte reichlich. Erinnern wir uns an 1887, als die Europäer ins gelobte Land Amerika gingen. Ein weiterer Fakt ist, dass bis 1973 14 Millionen Arbeitsmigranten in die alte Bundesrepublik kamen. Noch wird die Hilfe der Deutschen für die ankommenden Flüchtlinge groß geschrieben. Es wird aber die Zeit kommen, wo man die unterschiedlichen Flüchtlinge sortiert, selektiert und die Hilfsbereitschaft abnehmen wird. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo man diesen Leuten vorwirft, unsere Infrastruktur (Straßen und Autobahnen), Krankenhäuser, Schulen und dergleichen zu benutzen und an dem Steueraufkommen (also dem Eigentum der heimischen Bevölkerung) zu partizipieren. Konflikte sind vorprogrammiert und das friedliche Zusammenleben der Menschen ist in Gefahr. Das ganze nach dem Motto, wenn man jemand zum Kaffee einlädt, braucht er ja nicht gleich über Nacht bleiben und bei uns schlafen. Der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sieht das realistischer: Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme. Stimmt – denn wir sind nach Japan mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren die zweitälteste Nation auf der Welt. Hauptgründe für die Massenflucht sind sicherlich der Aufstieg des „IS“ und der Syrienkrieg. Und wenn man es ganz weit her holt kann man auch sagen, die völlig verunglückte Nahost-Politik der USA. Wie dem auch sei, wir haben es in Deutschland mit Migranten zu tun, die Sprachprobleme haben und schlecht qualifiziert sind. Wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge auszubilden und zu integrieren, dann haben wir (nach den Worten unseres Bundesministers Gabriel) das Problem gelöst.

Mit der kämpferischen Einstellung „Wir schaffen es“ wurde 2008/2009 die Commerzbank mit über 16 Milliarden Euro gerettet. 2002 wurden mit über 7 Milliarden Euro und 2013 erneut mit über 8 Milliarden Euro Hochwasserschäden egalisiert. Das Finanzproblem der Flüchtlinge 2015 wird mit rund 6 Milliarden veranschlagt. Ihren aktuellen Beliebtheitsgrad muss die Bundeskanzlerin (unter anderem mit der Lösung des Flüchtlingsproblems) erhalten, denn sie will ja 2017 wiedergewählt werden. Wir unterschiedlich die EU-Mitgliedstaaten mit dem Flüchtlingsthema umgehen, ist aus den Medienberichten hinreichend bekannt. Wahrscheinlich hat man nicht zeitig genug erkannt, welches Problem damit auf Europa zukommt. Vielleicht hätte man sonst irgendwo in Afrika eine große Stadt gebaut, die Flüchtlinge dort menschenwürdig untergebracht, sie registrieren können, um anschließend über ihre Asylanträge zu entscheiden. Die Chinesen haben es (wohlweiblich) nur mit Chinesen und nicht mit unterschiedlichen Nationalitäten vorgemacht, als sie für 3,5 Milliarden US-\$ vor Luanda die Siedlung Kilamba Kiayi aus dem Boden stampften. Dafür ist es jetzt allerdings zu spät und wir müssen in Europa andere Lösungen finden.

Dass der ehemalige Bundesbank-Präsident Axel Weber und Mario Draghi Widersacher sind und das wohl auch bleiben werden, hat Weber in einem Interview im Handelsblatt vor kurzem unterstrichen. Die bisherige Euro-Rettungspolitik und die Überflutung mit billigem Geld sieht er als gefährlich an, womit wir uns aktuell „im Auge des Hurricans“ befinden. Er sieht Blasenbildungen an den Märkten, die irgendwann platzen werden.

Mit der Liquiditätsschwämme, also dem billigen Geld, hat sich die EZB Zeit erkaufte, aber die Eurozone nicht aus der Krise geholt. Er sieht eine lähmende Deflation zum Nachteil der europäischen Wirtschaft. Weber mahnt Reformen an – aber damit ist der nicht allein. Die EZB hatte für dieses Jahr einen Preisanstieg von 2% vorausgesagt. Wir liegen bei 0,1%. Bei fallenden Preisen besteht das Risiko, dass Verbraucher nicht konsumieren und Unternehmen nicht investieren. Ergebnisse dieser Spirale wären sinkende Preise und wirtschaftlicher Niedergang. Wie viele andere fragt sich auch Weber, wann endlich die Amerikaner ihre Geldpolitik ändern und die Zinsen anheben. Allgemein wird erwartet, dass der Leitzins auf jeden Fall noch in diesem Jahr bis maximal 0,5% angehoben wird. Dadurch würde der Euro abgewertet und europäische Exporteure bekämen Aufwind. Wenn allerdings Märkte wegbrechen, wird die Nachfrage vor allem in Fernost ebenfalls dünner werden.

Der 69-jährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Robert Shiller, warnte früh vor der Internetblase und der Finanzkrise. Heute weist er auf Vorboten einer neuen Krise hin und nennt den Ausblick für die Börse: düster. Durch das billige Geld sieht er viele Aktien überteuert und verweist auf die geplatze Aktienblase in China. Die Kursanstiege über die letzten Jahre, so sagt er, werden zu einem Crash führen. Die Gier vieler Anleger lässt sie im Aktiengeschäft verweilen. Die letzte Rezession ist 8 Jahre her und normalerweise gibt es regelmäßig spätestens alle 10 Jahre einen Wirtschaftseinbruch. Die jetzigen Vorboten könnten eine neue Krise einläuten.

„Made in Germany“ wird auf der ganzen Welt geschätzt. Das Sparverhalten und die Aktienkultur der Deutschen ist für viele Menschen im Ausland unverständlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW besagt, dass die Deutschen zwischen 2003 und 2013 inflationsbereinigt durchschnittlich 20.000 Euro an Haushaltsvermögen eingebüßt haben. Bei 40 Millionen Haushalten entspricht das einem Kaufkraftverlust von 800 Milliarden Euro. Besonders stark schlugen Sparbücher, Lebensversicherungen und die Riester-Rente zu Buche. Im DAX 30 sind die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen versammelt. Deren Wert legte von Anfang 2003 bis Ende 2013 um ca. 230% zu. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von ca. 21%. Inflationsbereinigt bleiben davon immer noch ca. 19% vor Steuern übrig. Beim MDAX betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum knapp 450%. Wenn man die Konjunktursorgen in China und die Prognosen, die wir oben beschrieben haben, berücksichtigt, fühlen sich die „Freunde des Sparbuchs“ bestätigt. Die Weltwirtschaft hat sich verändert und steht vor einer neuen Ära. Das Wachstum wird weniger und die Zinsen bleiben niedrig. Ökonomen des US-Vermögensverwalters PIMCO sehen als Ursache für die veränderten Wirtschaftszyklen die Spar-/Öl-/Geldflut. Den Begriff Sparflut prägte vor ca. 10 Jahren der seinerzeitige Notenbankchef Ben Bernanke. Für ihn war es der Idealgedanke, dass die Sparquote mit der Investitionsquote identisch ist. Wenn allerdings zu viel gespart wird, sinkt der Zins und das Sparen wird unattraktiv. Theoretisch müsste das billige Geld die Investitionen anregen und die Wirtschaft dadurch beschleunigen. FED sowie EZB sind seit Jahren an der Nullzinslinie. Und trotzdem liegt viel Geld auf Sparkonten. Die Ursache dafür ist, dass die Menschen älter werden, die Lebensarbeitszeit allerdings wächst nicht mit. Es muss ein längeres Rentenalter finanziert werden. Das Rentenniveau in den Sozialkassen wird jedoch gekürzt, so dass eine private Altersversorgung zwingend notwendig ist. Ein weiterer Grund ist die Verschiebung des Vermögens. Diejenigen, die viel haben, legen auch viel zur Seite. Viele Unternehmen investieren eher kurzfristig und lassen einen Teil des Kapitals als Sicherheitspuffer auf der Bank. Ergo: die Sparflut wirkt lähmend auf die gesamte Weltwirtschaft. Die Ölflut bewirkte, dass der Preis zwischen 2011 und 2014 von 120 US-\$ je Barrell auf aktuell 40 US-\$ je Barrell sank. Es gibt sogar Rohstoffexperten, die mittelfristig von einem Preis von 25 \$ ausgehen. Der wichtigste Anbieter am Markt, Saudi-Arabien, hat seine Förderung nicht reduziert. Gleichzeitig hat das Fracking in den USA das Angebot erhöht. Das führt zu einem Verdrängungswettbewerb gegen die Saudis. Und das ausschließlich über den Preis. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Fracking-Anbieter in den USA bei diesem Preiskrieg den Kürzeren ziehen. Für die Industrie verbilligen sich damit die Produktionskosten und die Verbraucher zahlen an den Zapfstellen weniger. Der Kostenanteil aus dem billigen Öl führt zu höherem Konsum und zur Neigung, Geld zu sparen, was wiederum die Sparflut fördert. Der EZB-Präsident Mario Draghi hat ein Programm, nach welchem seit März diesen Jahres 1,1 Billionen Euro in den Geldkreislauf gepumpt werden. Seit diesem Zeitpunkt, bis September 2016, kauft die EZB jeden Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere. Seit dem Beginn der Finanzkrise pumpete die EZB damit frisches Geld in Höhe von mehr als 3 Billionen Euro in das System. Das Zauberwort heißt Quantitative Easing (QE) und soll die Wirtschaft in Europa ankurbeln. Was den Notenbankern in die Hände spielt: die Ölflut und damit die sinkenden Notierungen drücken die Inflationsraten. Es wird mit weiteren Lockerungsmaßnahmen gerechnet (z.B. in China und zahlreichen anderen rohstoffproduzierenden Ländern). Das wiederum lässt die globale Geldflut weiter anschwellen.

Was wir im letzten Rundschreiben andeuteten, hat sich bewahrheitet. Jeremy Corbyn wird neuer Labour-Chef in Großbritannien. Was diesen Altlinken so kompetenthaft aufsteigen ließ, ist für viele rätselhaft. Er hat wenig Charisma und noch weniger rethorisches Talent. Die Reformen der Blair-Regierung will er zurück drehen und probagiert Konzepte wie aus den 80-er Jahren. Man muss kein Prophet sein, wenn man sagt, dass dies die Chancen dafür mindert, dass Labour die nächste Wahl gewinnt. Wenn er die Sozialisten-Hymne „The Red Flag“ textsicher mitsingen kann, dann lässt seine radikale Position für Europa nichts Gutes erahnen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wir wiederholen uns indem wir sagen, dass vom ruinösen Wettbewerb ausschließlich die Verbraucher profitieren. Es hat den Anschein, dass man nach dem Motto verkauft: der erste Verlust ist der kleinste. Für einige Anbieter steht Liquidität vor Rentabilität. Am Markt hat sich bereits gezeigt, dass Unternehmen für eine solche Politik Tribut zollen mussten.

Am 13.05.2014 stellte Eurofer im Namen von Herstellern kaltgewalzter Flacherzeugnisse einen Antrag auf Erhebung eines Anti-Dumping-Zolls für Erzeugnisse aus China und Taiwan. Dem wurde stattgegeben. Gemäß Artikel 4 der Verordnung wurde dieser zunächst auf 6 Monate befristet. Mit der Durchführungs-Verordnung der EU Nr. 2015/1429 vom 26.08.2015 wurden diese vorläufigen Anti-Dumping-Zölle endgültig und für die Dauer von 5 Jahren fixiert. Die Höhe der Aufschläge variiert und liegt zwischen 6,8 und 50,2%, je nach Herkunftsland und Hersteller.

Wir hatten darüber berichtet, dass VDM Metals von dem Finanzinvestor Lindsay Goldberg Vogel (LGV) übernommen werden soll. CEO soll der ehemalige Krupp-Manager Niclas Müller werden. Unter anderem leitete er das Werk in Brasilien.

Die Rohstoffmärkte

Erneut haben sich im letzten Jahr die Experten geirrt, denn man sagte den Rohstoffen deutliche Preissteigerungen voraus. Im Jahre 2015 hat sich bewahrheitet, dass alle Rohstoffe eines gemeinsam haben: nämlich einen dramatischen Preisverfall. Die Krise in China trifft rohstoffreiche Länder wie Chile, Peru, Russland u.a.m. Bedingt durch die Sättigung des Marktes können in einigen Bereichen Überproduktionen beobachtet werden.

Gemäß der Veröffentlichungen der Nickel Study Group lag der Angebotsüberschuss im ersten Halbjahr 2015 bei ca. 30.000 Tonnen. Wenn man den Aussagen von Rohstofffachleuten glaubt, dann kann es beim Nickelpreis künftig nur nach oben gehen. Unsere Meinung: vielleicht hilft es, wenn man fest daran glaubt.

Der Preis für Ferrochrom ist bis Ende September festgeschrieben, so dass er vom derzeitigen Niveau nicht abweicht. Anschließend ist mit (nicht gravierenden) Abschlüssen zu rechnen.

Ferromolybdän hängt sich an den Nickelpreis. Fällt dieser, dann fallen die Molybdänpreise ebenfalls. Oder umgekehrt. Wir erkennen keine Veränderung nach oben.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
01.05.2015	1.120	13.760	13.810	444.312	1.236	1.538
01.06.2015	1.091	12.540	12.565	465.564	1.146	1.599
01.07.2015	1.109	11.905	11.935	457.110	1.073	1.225
03.08.2015	1.096	10.775	10.810	458.838	984	1.233
01.09.2015	1.126	9.940	9.975	453.894	885	1.166
23.09.2015	1.116	9.810	9.840	454.026	880	1.103

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Wenn wir eine Prognose der LZ für Bleche und Bänder bis Ende des Jahres abgeben, ergeben sich folgende Werte:

1.4016 450 €/to
1.4301 1.000 €/to
1.4404 1.350 €/to

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476	486	475	459	445		
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598	605	569	544	523		
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278	1.238	1.166	1.082	985		
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189	1.155	1.090	1.013	926		
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242	1.206	1.124	1.043	951		
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821	1.755	1.607	1.481	1.339		
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794	796	735	701	671		
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335	3.182	2.890	2.644	2.359		
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850	1.782	1.632	1.503	1.358		

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380	370	360	330	350			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200	1.150	1.130	900	1.000			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640	1.600	1.580	1.250	1.420			

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

In eigener Sache: der Schreiber dieser Information ist Business Eagle im Charity Golf Club. Am 05.09.2015 haben wir in Tutzingen ein Golf-Turnier für die Michael-Roll-Stiftung gespielt. Dabei kam ein Erlös von 90.000 € für die Kinderstiftung zusammen.

Am 14.09.2015 wurde für 350 Flüchtlinge (Kinder mit Eltern aus Kriegsgebieten) ein „Tag der Unbeschwertheit“ organisiert. KGW hat dieses Unterhaltungsprogramm unterstützt und wird sich in der Zukunft für ähnliche Veranstaltungen ebenfalls engagieren.

Das KGW-Team